

Ungewisse Perspektiven

# Simbabwe vor entscheidenden Weichenstellungen

Simbawwes Situation ist zwiespältig. Nach einer gewissen Beruhigung unter der neuen Regierung wecken Gewaltaktionen gegen Kritiker des Verfassungsentwurfs alte Ängste in der Bevölkerung.

Im März 2009 hat in Simbabwe eine aus drei Parteien gebildete Koalitionsregierung ihr Amt angetreten. Danach haben sich die Verhältnisse in dem krisengeschüttelten Land im südlichen Afrika etwas normalisiert. Seit jedoch der neue Premierminister und Führer der bisherigen Oppositionspartei Bewegung für Demokratische Veränderung (MDC), Morgan Tsvangirai, und der greise Präsident und Führer der ZANU-PF für nächstes Jahr Präsidentschaftswahlen angekündigt haben, häufen sich wieder Meldungen über gewaltsame Übergriffe von ZANU-PF-Schlägern auf die Bevölkerung.

## Fragile Normalisierung

Die Einsetzung der neuen Regierung hat die Menschen spürbar aufatmen lassen. Schulen und Spitäler begannen wieder zu funktionieren, wenn auch nach wie vor mit vielen Unzulänglichkeiten. In den Läden standen wieder Waren zum Verkauf, und eine Währungsreform setzte dem Schwarzmarkt und damit der extremen Inflation ein Ende. Aber auch die politische Repression, die Verfolgung der Oppositionsanhänger hörte auf, und Nichtregierungsorganisationen konnten wieder unbehindert arbeiten. Die



Eleonora Miatore

August 2010 im Township Old Highfield in Harare: jugendlicher Strassenverkäufer auf dem Markt in Machipisa.

internationalen Organisationen konnten ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und Nahrungsmittel verteilen. Besucher und Besucherinnen berichteten von der erstaunlich optimistischen Stimmung, die im Land herrscht. Positive Berichte kamen auch von den Geldgebern, die der Koalitionsregierung bei der Wiederherstellung der lange vernachlässigten Infrastruktur unter die Arme greifen. Strassen und Kanalisation werden repariert, dabei werden die Gelder von der neuen Verwaltung anscheinend effizient und transparent eingesetzt. Zum Erstaunen vieler Experten gelang es der Koalitionsregierung, Reformen umzusetzen und einige der anstehenden Konflikte zu lösen.

### Eherne Gefolgschaften

Nicht alles verläuft jedoch reibungslos. Die Machtteilung zwischen den vormaligen Kontrahenten beruht auf einem in monatelangen Verhandlungen unter der Schirmherrschaft Südafrikas ausgehandelten Abkommen. Bei dessen Umsetzung hapert es, weil Robert Mugabe sich weigert, einseitig gemachte Entscheidungen wieder rückgängig zu machen. So sind sämtliche Provinzgouverneure bis heute Parteileute seiner ZANU-PF, obwohl das Abkommen auch in diesem Bereich eine Machtteilung vorsieht.

Das grösste Problem ist beim Sicherheitsapparat, bei Armee, Polizei und Geheimdiensten, auszumachen, der durch die Koalitionsregierung nicht reformiert wurde. An dessen Schalthebeln sitzen nach wie vor diejenigen Befehlshaber, die für die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung im Jahre 2008 verantwortlich sind. Ihre Generäle weigern sich bis heute, den Premierminister anzuerkennen und erklären, dass ihre alleinige Loyalität Robert Mugabe gehöre. Niemand ist bisher für die Gewalttätigkeit zur Verantwortung gezogen worden, die nach den von der Opposition gewonnenen Wahlen im Frühjahr 2008 losgetreten wurde.

### Jugendliche als Hoffnungsträger/-innen

Die Wunden aus dieser Zeit sind noch nicht verheilt – wie könnten sie auch? Lucy Mazingi, die Leiterin der Jugendorganisation YETT, hält nicht viel von dem von der Regierung eingesetzten Nationalen Versöhnungsorgan. «Deren Rezept ist Vergeben und Vergessen – das kann einfach nicht funktionieren, wenn so viel Unrecht geschehen ist wie bei uns in den ländlichen Gebieten.» Wie viele andere Simbabweerinnen und Simbabweer ist sie der Ansicht, dass die Täter zur Verantwortung gezogen und die Opfer entschädigt werden müssen, damit Versöhnung möglich wird. YETT führt selbst ein Versöhnungsprogramm mit Jugendlichen beider Parteien durch, in denen der Dialog zwischen den verfeindeten Gruppen unter anderem durch sportliche Aktivitäten gefördert wird.

### Mangelnde Rechtssicherheit – keine Investitionen

Der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes wird massgeblich durch die nach wie vor fehlende Rechtssicherheit behindert. Immer noch finden Landbesetzungen statt, werden weisse Farmer von ihrem Land vertrieben. Lokale Machthaber schalten und walten nach Belieben, und von der korrupten Polizei können die Betroffenen in vielen Fällen keine Hilfe erwarten. Zudem verlangt ein erst kürzlich in Kraft gesetztes Gesetz die Mehrheitsbeteiligung von Einheimischen in allen Unternehmen. Unter diesen Umständen bleiben – ausser im äusserst lukrativen Bergbau – die bitter benötigten Investitionen aus. Die Kapazität der Wirtschaft ist zu höchstens 30 Prozent ausgelastet bei einer entsprechend hohen Arbeitslosigkeit von 80 Prozent. Viele suchen deshalb im informellen Sektor ein Auskommen.

### Intransparente Schuldenwirtschaft

Der Staat hat kein Geld – woher auch sollte es kommen? Wie hoch und bei wem er darüber hinaus verschuldet ist, weiss die Öffentlichkeit nicht. Simbabweische Nichtregierungsorganisationen fordern eine öffentliche Erhebung über die effektive Verschuldung ihres Landes und bis dahin ein Schuldenmoratorium. Die Löhne der staatlichen Angestellten sind tief – sie decken die hohen Lebenskosten nicht. In den letzten Wochen haben Streiks der Lehrer und Piloten für höhere Löhne die Regierung unter Druck gesetzt. Die streikenden Lehrer forderten auf ihren Plakaten, das Geld aus dem Diamantenverkauf für die Verbesserung ihrer Löhne einzusetzen. Weil der Staat kein Geld hat, sind Schul- und Prüfungsgebühren eingeführt worden. Die Hälfte der Schülerinnen und Schüler mussten den Abschlussprüfungen im August fernbleiben, weil ihre Eltern das dafür benötigte Geld nicht aufbringen konnten.

Es wird angenommen, dass bis zu drei Millionen Simbabweerinnen und Simbabweer wegen diesen Bedingungen ins Ausland gezogen sind, in erster Linie ins benachbarte Südafrika. Das von ihnen nach Hause überwiesene Geld ermöglicht das Überleben ihrer Familien. Vor Kurzem hat die südafrikanische Regierung angekündigt, dass die Migranten und Migrantinnen aus Simbabwe ihre Situation bis Ende Jahr regularisieren müssen. Wer bis zu diesem Zeitpunkt keine Arbeitsbewilligung hat, wird zurückgeschafft. Die bevorstehende zwangsweise Rückkehr von Zehntausenden dieser Männer und Frauen wird das Land vor zusätzliche Probleme stellen.

«Vergeben und Vergessen – das kann einfach nicht funktionieren, wenn so viel Unrecht geschehen ist wie bei uns in den ländlichen Gebieten.»



## Gewalt – altes neues Mittel

Die derzeitige Koalitionsregierung ist eine Übergangslösung, sie entspricht einem Kompromiss zwischen den Parteien – nicht dem Wählerwillen. Gemäss dem unter der Ägide Südafrikas ausgehandelten Abkommen sollen eine neue Verfassung verabschiedet und dann Wahlen durchgeführt werden. In den letzten Wochen haben die Vernehmlassungen zum vorliegenden Verfassungsentwurf begonnen, die im ganzen Land nach einem ausgeklügelten Verfahren durchgeführt werden. Dieser Prozess wird von den simbabwischen Menschenrechtsorganisationen genau verfolgt und dokumentiert – im August berichteten sie über eine wachsende Zahl von Zwischenfällen. Die Teilnehmenden an diesen Versammlungen werden von der ZANU-PF von Robert Mugabe unter Druck gesetzt und dürfen sich nicht frei zum Verfassungsentwurf äussern. In den letzten Wochen häuften sich Berichte von Einschüchterung und Gewalt. Leute, die es wagten, sich kritisch gegen den Verfassungsentwurf zu äussern, wurden Opfer von Vergeltungsmassnahmen. Am Wochenende des 19. September ist eine solche Versammlung in Harare im Township Mbare von mit Eisenstangen bewaffneten Schlägergruppen gesprengt worden. Elf Anhänger der MDC wurden schwer verletzt; einer von ihnen, der 32-jährige Chrispen Mandizvidza, erlag zwei Tage später seinen Verletzungen. Besonders gravierend ist, dass gemäss Zeugenberichten die Polizei nicht nur zuschaute, sondern dass sich einzelne Polizisten an den Gewalttaten beteiligten.

Diese Entwicklungen sind für Lucy Mazingi Grund zur Sorge. «Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre setzen die Menschen bei uns Wahlen mit Gewalt gleich. Es wird schwierig sein, die Wählerinnen und Wähler zu motivieren, sich an den Wahlen zu beteiligen, besonders die Erstwählenden.» Sie zeigt sich schockiert von den neuesten Entwicklungen, die den unbremsten Willen der ZANU-PF und ihrer Anhänger zur Macht erkennen lassen sowie deren unveränderte Bereitschaft, dieses Ziel mit den gleichen Mitteln wie bisher zu verfolgen. Noch ist nicht klar, wann die Wahlen stattfinden sollen. Die Entwicklungsgemeinschaft der Staaten im Südlichen Afrika (SADC) will endlich eine Lösung des simbabwischen Problems. Wieweit sie jedoch willens und in der Lage ist, wirksam für einen Neuanfang zu sorgen, ist offen.

Der vorgegebene Zeitplan wird auch durch den prekären Gesundheitszustand des 84-jährigen Staatspräsidenten Robert Mugabe diktiert, der sich noch einmal zur Wahl stellen will. Es häufen sich Gerüchte und Berichte von seiner zunehmenden Hinfälligkeit. Was geschehen soll, wenn er im Amt

stirbt oder handlungsunfähig wird, ist nicht eindeutig geregelt.

■ Barbara Müller-Frei

Die Ethnologin Barbara Müller-Frei ist Geschäftsführerin des Fonds für Entwicklung und Partnerschaft im Südlichen Afrika (FEPA).

## Simbabwe: Zahlen und Fakten

**Lage:** im Südlichen Afrika, Grenzen mit Südafrika, Botswana, Mosambik und Sambia

**Grösse:** 390 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** 11,7 Millionen

**Diaspora:** ca. 3 Millionen

**Lebenserwartung:** Männer 37, Frauen 34 Jahre (2005)

**Religionszugehörigkeit:** 85% christlich, daneben traditionelle afrikanische Religionen, kleine islamische und jüdische Gemeinden

### Geschichte

**1980** Unabhängigkeit nach Befreiungskampf und allgemeinen Wahlen. Robert Mugabe von der ZANU-PF Premierminister

**1983-84** Nie vollständig aufgeklärte Massaker der simbabwischen Armee in Matabeleland

**1999** Gründung der Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) durch den ehemaligen Gewerkschaftsführer Morgan Tsvangirai

**2000** Chaotische Landreform

**März 2008** Die Opposition gewinnt die Wahlen für Parlament, Präsidentschaft und Lokalbehörden, anschliessend Gewaltexzesse durch ZANU-PF

**September 2008** Unterzeichnung eines von Südafrika vermittelten Abkommens durch drei Parteien: ZANU-PF, MDC-T und MDC-M

**März 2009** Einsetzung einer Koalitionsregierung mit Robert Mugabe als Staatspräsident und Morgan Tsvangirai als Premierminister

**2011** Voraussichtlich Referendum über Verfassungsentwurf und Präsidentschaftswahlen



Plattform für die Jugendorganisationen in Simbabwe: YETT wird von den drei Projektpartnern getragen: Bethlehem Mission Immensee, HEKS und FEPA.